

Die Essay-Serie „Das Griechenland-Abenteuer“ umfasst vier Texte, die sich mit dem Versuch der EU auseinandersetzen, einen Bankrott des griechischen Staates um jeden Preis zu verhindern. (verfasst im Juni/Juli 2015)

Das Griechenland-Abenteuer

15. Juni 2015

Eine kritische Woche beginnt und wir sollen wieder abwarten, was die Griechen uns vielleicht zu sagen haben. Die Musik spielt längst woanders. Es fließt nämlich unaufhörlich Geld nach Hellas, jede Woche, jede Tag, jede Stunde. Unfassbare 325 Milliarden Euro haben die internationalen Gläubiger dem Land geliehen. Dazu kommt der griechische Überziehungskredit von der Europäischen Zentralbank (100 Mrd.) und die ELA-Notliquidität für Banken (43 Mrd.), ebenfalls von der EZB. Währenddessen hört man von griechischer Seite immer wieder, dass man sowieso nicht die Absicht hat, die Kredite zurückzuzahlen. Und die griechische Regierung redet nicht nur, sie schafft Tatsachen. Sie hat ihre Defizite erhöht, indem sie neues Personal im Staatsdienst eingestellt hat und bereits programmierte Ausgabenkürzungen und Privatisierungen rückgängig gemacht hat. Sie hat direkt die Zahlungsunfähigkeit des Landes organisiert, indem sie kaum noch Steuern einzieht und Abhebungen von privaten Bankkonten in großem Maßstab zulässt. Der Insolvenzbetrug ist also schon in vollem Gang. Doch Griechenland bedient sich weiter bei allen verfügbaren Geldern des internationalen Finanzsystems. Gerne nimmt es auch von ärmeren Ländern, die viel niedrigere Mindestlöhne, Renten und Gesundheitsleistungen haben. Das muss man immer mitdenken, wenn jetzt wieder ein neuer Kompromiss in Aussicht gestellt wird. „Solange geredet wird, wird gezahlt“ ist die griechische Taktik.

Die einzig interessante Frage ist: Wie konnte und wie kann das von den Gläubiger-Staaten zugelassen werden? Von Staaten, die an Verfassungen gebunden sind, und von Organisationen wie der EU, der EZB und dem IWF, die auf zwischenstaatlichen Verträgen beruhen? „Vor allem die europäischen Gläubiger machen sich durch ihre bisherigen Zugeständnisse mitschuldig an der Verschleppung der griechischen Staatsinsolvenz“, schreibt Jürgen Stark, der ehemalige Chefvolkswirt der EZB (in der FAZ vom 11. Juni). Es geht hier nicht um moralische Schuld, sondern um staatsrechtliche Fragen. Woher nehmen die Entscheidungsträger die Ermächtigung für ihre Handlungen? Wir brauchen keine Griechenland-Theorie - wir müssen über Verfassungsbruch und Vertragsbruch in den Gläubiger-Staaten reden.

Es geht um konkrete Handlungen: Griechenland musste Anfang Juni eine Kreditrate an den IWF zurückzahlen. Doch Vertreter des IWF akzeptierten das griechische Begehren, die Rate zunächst nicht zu zahlen und sie am Ende des Monats zusammen mit anderen Raten „als Gesamtbetrag“ zurückzuzahlen. Zu dieser Zeit lagen schon Erklärungen von griechischer Seite vor, man sei nicht in der Lage, alle Rückzahlungen zu leisten. Auf welcher Grundlage hat der IWF trotzdem den Zahlungsaufschub gewährt? Wurden hier nach persönlichem Ermessen außerhalb der IWF-Regeln gehandelt? Wenn hier tatsächlich ein Anfangsverdacht der Begünsti-

gung und Mitwirkung an einer Insolvenzverschleppung gegeben ist (ich bin juristischer Laie), wo bleiben die Staatsanwälte?

Noch etwas Gravierenderes findet in diesen Tagen statt. Ein Dreigestirn höchster Amtsträger – der Vorsitzende der EU-Kommission, die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident – haben die Griechenland-Sache „an sich gezogen“, wie es heißt. Von Amts wegen ist keine dieser Personen berechtigt, für die europäischen Gläubigerländer zu sprechen. Herr Junckers EU-Kommission ist keine „Europaregierung“, sondern eine Verwaltungseinheit. Die Bundeskanzlerin und der französische Präsident haben keinerlei Befugnis, im Namen anderer Mitgliedsstaaten der EU zu verhandeln. Sie haben auch von ihren eigenen Parlamenten kein Verhandlungsmandat bekommen. Das wäre angesichts der Schwere des Falls und angesichts der Rechtsgüter, die hier in Frage stehen, das Mindeste. Doch die Dreigestirn-Initiative ist eine rein persönliche Initiative, es handelt sich um eine Personalisierung der europäischen Griechenland-Politik. Das geschieht in einem Moment, wo sowohl für die Griechen als auch für ihre Gläubiger die Stunde der Wahrheit kommt.

Von Wahrheit ist allerdings nicht die Rede. Die Sonderrolle des Dreigestirns wird seltsam doppelbödig begründet: Einerseits wollen Merkel und Co. sogenannte „höhere Interessen“ und eine „europäische Sicht“ vertreten. Andererseits soll in einer vertraulichen Atmosphäre, sozusagen *privatim*, neues Vertrauen geschaffen werden. Diese Mischung aus hohem Anliegen und niedriger Verbindlichkeit wird als „politische Lösung“ tituliert und gegen die Verhandlungsführung durch die geldgebenden Institutionen (vormals „Troika“) ins Feld geführt. „Politisch“ bedeutet hier so etwas wie „freie Gestaltung“ – jenseits der harten Fakten der griechischen Ökonomie und den, daran gemessen, völlig überzogenen Staatsausgaben. Auch jenseits der verfassungsmäßigen Grenzen, die in den Gläubigerstaaten beim Eingehen von finanziellen Verpflichtungen im Ausland bestehen. Genau diese Wortblase „politische Lösung“ hatte auch Herr Tsipras gebraucht, als er eine Lockerung der bisherigen Kreditbedingungen forderte. Auf diese Basis haben sich nun Merkel, Hollande und Juncker eingelassen. Sie bewegen sich außerhalb der Verpflichtungen, die sie in dieser Sache bisher in ihren Ämtern und gegenüber ihren Ländern eingegangen sind. Sie haben sich sozusagen außer Landes begeben.

Zur Erinnerung: Die „Troika“ war einmal der institutionelle Eckstein in der europäischen Rettungspolitik. Auf sie wurde immer dann verwiesen, wenn den skeptischen nationalen Parlamenten die Zustimmung zu neuen Hilfsmilliarden abgerungen werden sollte. Nun wird diese Konstruktion innerhalb weniger Tage eingerissen.

Ja, hier geschieht etwas Ungeheuerliches. Man muss bedenken, dass unsere verfassungsmäßige Ordnung deutliche Grenzen beim Eingehen von finanziellen Verpflichtungen im Ausland setzt. Denn es besteht die Gefahr, dass der deutsche Staatshaushalt in einem Maße von der Entwicklung des kreditierten Landes abhängig wird, der die Souveränität unseres Landes gefährdet. Wenn eine Regierung das eigene Land im großen Stil zum Gläubiger anderer Länder macht, ist das ein ebenso heikler Schritt wie militärische Verpflichtungen. Besonders gefährlich wird es, wenn hier nicht nüchterne Erwägungen den Ausschlag geben, sondern sogenannte „höhere Ziele“. Diese Gefahr ist im Fall Griechenland akut. Entscheidende Regierungsämter, namentlich in Deutschland und Frankreich, sind von Personen besetzt, die die Finanzierung Griechenlands zur Frage des „Friedens in Europa“ gemacht haben. Im Grunde nehmen sie damit für ihr Handeln einen außergesetzlichen Notstand in Anspruch.

Frau Merkel hat dafür eine Formel gefunden, die umgangssprachlich harmlos klingt, aber aus dem Munde einer deutschen Bundeskanzlerin, die ja das Handeln des Staates darzulegen hat, alles andere als harmlos ist: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“. Hier herrscht nicht mehr das Recht, sondern der Wille. Der Wille ist in der Lage, sich jeden Weg zu bahnen. Damit liegt die

Kanzlerin ganz dicht bei der politischen Willkür-Formel „Der Zweck heiligt die Mittel“. Im Namen eines höheren Zwecks „Europa“ und eines unbedingten Willens, ihn zu erreichen, ist sie offenbar bereit, bei einer Insolvenzverschleppung mitzuwirken. Das würde bedeuten, dass ein nicht unerheblicher Teil des deutschen Staatshaushalts auf Gedeih und Verderb mit der Entwicklung eines anderen Landes verknüpft wird. Wenn man selbst jetzt nicht aus dem Griechenland-Abenteuer aussteigt, schlittert unser Land in einer europäischen Dauerhaftung hinein. Und Deutschland würde auch andere Länder in diese Haftung hineinziehen.

Wir wissen nicht, wie die kommende Woche ausgeht. Aber es wird keine Woche wie jede andere sein.

(Das Griechenland-Abenteuer, Teil 2)

Europas Angst und Hochmut

23.Juni 2015

Man kann in der Griechenland-Affäre nach Tätern und Opfern suchen, doch verkennt diese Sichtweise, wie sehr Hauptakteure auf beiden Seiten miteinander verstrickt sind. Obwohl die Ergebnisse der griechischen Mitgliedschaft im Euro-System katastrophal sind, obwohl in Griechenland eine Regierung an die Macht gelangt ist, die alle Verträge für null und nichtig ansieht, ist man immer noch dabei, einen „Kompromiss“ zu suchen. Einen Kompromiss! Zwischen was denn? Hier sind nicht zu starke Akteure am Werk, sondern zu schwache. Nichts wird wirklich entschieden, nichts wird dauerhaft aufgestellt. Es ist ein großes Schlittern.

Hans-Werner Sinn (IFO-Institut) hat vorgerechnet, dass in den letzten 5 Jahren die Schulden Griechenlands, trotz Schuldenschnitts seitens der privaten Gläubiger und trotz stark verringerter Zinsen, von 48 Mrd. auf 330 Mrd. gestiegen sind. Zugleich hat sich die Arbeitslosenrate von 11% auf 26% erhöht. Nun soll es weitergehen, sogar mit noch höheren Defiziten und noch höherer Fremdfinanzierung – da liegt der neue Korridor der Einigung, das wird nun „Kompromiss“ genannt. Wer glaubt im Ernst daran, dass auf dieser fortgesetzten Talfahrt auf einmal ein Wachstumspfad gefunden wird? Niemand. Keiner der Akteure teilt mit, wo er liegen könnte. Es wird auch gar nicht ernsthaft gesucht. Vielmehr findet eine ganz andere Wendung statt. Man spricht von Vertrauen und Vertrauensverlust, eine Psychologisierung politischer und wirtschaftlicher Fragen findet statt. Griechenland soll – mit Euros natürlich – motiviert werden. Und umgekehrt soll auch Europa durch kein „negatives Signal“ beunruhigt werden. Man macht Europa zum Sensibelchen, das um jeden Preis bei Stimmung gehalten werden müssen.

Es ist ein Pfeifen im dunklen Walde. Auch wenn sich die sogenannten „überzeugten Europäer“ mächtig in die Brust werfen, ist etwas ganz Anderes deutlich hörbar – eine tiefe Angst. Man beschwört die „unabsehbaren Folgen“ eines Grexit. Gerade in diesen Tagen, wo so vieles für diesen Schritt spricht, wird deutlich, in welchem Maße der Umgang mit Griechenland im Schatten eines höheren Dogmas steht: dem Dogma, dass es „undenkbar“ sei, dass aus der

Währungsunion ein Mitglied ausscheidet. Hier regiert eine Sprache der großen Metaphern. Da spricht der deutsche Vizekanzler vom „Stein, der aus dem europäischen Haus herausgebrochen würde“ und dadurch Europa „in einen anderen Aggregatzustand“ versetzt würde. Bei der Kanzlerin heißt es „Wenn der Euro scheitert, scheitert Europa“. Nicht ein bestimmter Vertrag, nicht eine bestimmte institutionelle Form, sondern einfach das große, ganze Europa. Der Leitartikler der FAZ (Klaus-Dieter Frankenberger, 16.Juni) metaphert schon ahnungsvoll mit: „Wenn das europäische Gewebe ausfranst, wer weiß, was sich noch alles löst? Wer weiß, welche Kräfte sich diesen Erosionsprozess zunutze machen?“ Wer weiß, wer weiß... Überall lauern finstere Kräfte im wabernden Nebelwald. Und wer fällt uns da ein? Na klar, die Russen. „Diese Furcht“, schreibt Frankenberger über das Grexit-Gespenst, „ist heute vielleicht noch größer, da zur Schuldenkrise ein geopolitischer Großkonflikt in Europa hinzugekommen ist, die Ukraine/Russland-Krise“.

Da steht es: Es geht um Furcht. Der europäische Zusammenhalt wird mit dem Hinweis auf Bedrohungen beschworen. Es ist eine gemeinschaftliche Angst, die die europäischen Akteure im Fall Griechenland umtreibt. Das „Immer-enger-vereint“ ist zu einem „In-Angst-vereint“ geworden.

Nun könnte man einwenden, dass im Fall Griechenland tatsächlich eine besondere Notlage gegeben sei. Ein Ausnahmezustand sozusagen, der alle Sicherungen der normalen Vernunft außer Kraft setzt. Das ist hier nicht der Fall. Über Hellas ist keine Katastrophe hereingebrochen, kein Erdbeben, kein Krieg. Es geht um Versorgungsansprüche – und zwar auf einem beträchtlichen Niveau, wenn es man es mit den osteuropäischen Mitgliedern der EU vergleicht, oder – im Fall der IWF-Kredite – mit den Problemländern im Weltmaßstab. Die Rolle des IWF ist besonders delikat. Eigentlich hätte der IWF nur Kredite in Höhe von 600% der griechischen Anteile am Fonds vergeben dürfen. Aber nach Griechenland hat er viel mehr überwiesen. Von der Gesamtsumme der IWF-Kredite sind gegenwärtig zwei Drittel an drei Länder vergeben: an Griechenland, an Portugal und an die Ukraine. Die Risiken tragen dabei auch Einzahler-Länder wie Indien (vgl. Winand von Petersdorff in der FAZ vom 11.Juni). Das ist eine völlig unhaltbare, für Griechenland und Europa beschämende Schieflage.

Es geht also nicht um Not, sondern um Ansprüche. Und zwar um ein gehobenes europäisches Anspruchsmaß an Einkommen, Versorgung und Sicherheit. Mit dieser Anspruchshöhe wird wiederum der Einfluss des „Modells Europa“ verbunden. Es geht also nicht um die Existenz Europas, sondern um eine mehr oder weniger große Einflussosphäre. Erst in diesem Zusammenhang bekommt das „kleine Griechenland“ auf einmal eine strategisch-große Bedeutung. Es verkörpert europäische Geltungsansprüche. Die europäische Angst ist nicht die Angst vor einer absoluten, existenzbedrohenden Not und Gefahr, sondern die Angst vor einem Geltungsverlust. Eine Angst auf hohem Niveau. Eine Angst im Streben nach Einfluss auf Andere, nach der Rolle eines weltpolitischen Attraktors, nach einer wirtschaftlichen Unumgehbarkeit. Es ist eine Angst, die auf ein beträchtliches Maß an Hochmut gebaut ist.

Auch Griechenland spielt seine Rolle in diesem Angst-Hochmut-Syndrom. Es ist Trittbrettfahrer dieses Syndroms. Auf dieser Geschäftsgrundlage kann es über seine Verhältnisse leben. Sein politisches Kalkül setzt darauf, als eine Art „Grenzstein“ die Größe des europäischen Hauses zu markieren – und deshalb unverzichtbar zu sein. Fällt Griechenland aus dem Euro, ist Europa irgendwie kleiner und das hält es nicht aus – Tsipras und Co. haben ihren Hebelpunkt in jener Mischung von Angst und Hochmut gefunden, die in Europa regiert.

Ist es falsch und böse, dass Europa Geltungsansprüche hat? Gewiss nicht. Es ist nicht falsch, dass die Europäische Union sich erweitert (durch neue Mitglieder, durch Nachbarschafts-Partnerschaften). Es ist auch nicht falsch, dass sie für sich ein gehobenes politisches und wirt-

schaftliches Niveau festlegt, die über dem Weltdurchschnitt liegen (durch geforderte Normen und durch Förderungen bei ihrer Erfüllung). Aber alles ist eine Frage des Maßes. Hier gibt es ein klassisches Problem aller staatlichen Gebilde: die Überdehnung. Wird die Erweiterung zu weit getrieben oder wird das Anspruchsniveau zu stark erhöht, dann droht ein Zusammenbruch des ganzen Systems. Wenn einzelne Bruchstellen eine dieser Überdehnungen signalisieren, kommt es darauf an, dass man die Kraft hat, an einer solchen Stelle den Rückzug anzutreten (einen Rückbau zu veranlassen). Deshalb ist es auch wichtig, schon in den Grundlagen staatlicher Gebilde (Verfassung oder zwischenstaatlicher Vertrag) überhaupt Rückbau-Möglichkeiten und Ausstiegs-Mechanismen vorzusehen. In militärischen Dingen gilt der Grundsatz, dass man keinen Krieg – und würde er aus noch so edlem Motiv geführt – eingehen soll, ohne die Tür zu kennen, durch die man wieder aus ihm herauskommt. Das gilt auch für jedes größere finanzielle Engagement, das den Haushalt eines Staates in Beschlag nimmt. Geschieht das nicht, muss man von Hochmut sprechen. Und es droht das Angst-Hochmut-Syndrom, von dem hier die Rede ist.

Vieles, was wir gegenwärtig in Europa beobachten und erleben, erinnert an dies Szenario: nicht nur die endlose Griechenland-Affäre, sondern auch der sich immer noch steigende Mitteleinsatz in der Schuldenkrise, insbesondere seitens der EZB; der Umgang mit den Krisen arabischer Länder und der Ukraine, bei dem man mit forschenden Tönen und hohen Ansprüchen („nation building“) einseitig in einen Bürgerkrieg eingegriffen hat; die Festlegung eines billionenschweren Jahrhundertprogramms für Klimaschutz rund um den ganzen Erdball durch 7 Regierungschefs („G7“); die Unfähigkeit, die hohen Ansprüche von Europa und den USA in einem Handelsabkommen zu verbinden; der weitgehende Kontrollverlust bei der Migration (Bruch des Schengensystems) bei Fortsetzung universeller Rettungsansprüche.

Zugleich wird hinter diesen Entwicklungen ein institutionelles Problem sichtbar: In grundlegenden europäischen Verträgen sind keine Mechanismen des Austritts, des Ausschlusses oder des Rückbaus enthalten. Europa ist institutionell gefangen in der Einbahnstraße eines „immer vorwärts“ bei der geographischen Ausdehnung und eines „immer höher“ bei den Niveauansprüchen. Europa schlittert ungebremst in die Überdehnung.

Das Überdehnungsproblem ist ein altes Thema. Es ist auch ein deutsches Thema. Deutschland hat sich als mittlere Macht schwergetan, das richtige Maß zwischen Geltungsanspruch und Zurückhaltung zu finden. Das Bismarcksche Maß hat sich gegenüber der Wilhelminischen Maßlosigkeit nicht halten können – unser Land ist mit einem Hochmut-Angst-Syndrom ins 20. Jahrhundert eingetreten. Umso bedeutsamer ist, dass mit der Bundesrepublik dann endlich eine gewisse Vorsicht gegen Überdehnungen zur Staatsräson geworden ist. Doch jetzt gibt es neue, größere Proben für die Fähigkeit, im richtigen Moment „nein“ zu sagen. Auch ist Deutschland in Europa eine Führungsmacht geworden und muss bei schwierigen Entscheidungen voran gehen. Es muss seine Kraft nun durch eine Rückbau-Entscheidung zeigen – und eben nicht durch ein nibelungentreues Immer-Weiter.

Das Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-Verbund hat seine Härten und Kosten, aber es handelt sich um eine überschaubare Korrektur. Es geht nicht um die EU-Mitgliedschaft, sondern um einen restriktiveren Umgang mit dem Währungsgebiet des „Euro“. Von Griechenland, das zunächst als Betroffener einer Nein-Entscheidung erscheinen muss und erst im weiteren Verlauf die Spielräume wahrnehmen kann, die es dadurch gewinnt, kann die Initiative zum Grexit nicht erwartet werden. Diese Entscheidung wird sich also nicht irgendwie „aus Gesprächen“ ergeben. Sie muss einseitig ausgesprochen werden, im Namen der Realitäten, die schon seit längerem klar genug auf dem Tisch liegen. Das immer weitere Darüber-Reden lässt diese Klarheit nur wieder verblassen. Dabei wird es auch nicht ohne ein entschiedenes

Wort aus Deutschland gehen. Es muss sich für so eine Entschiedenheit, die auch ein Verzicht ist, nicht schämen.

(Das Griechenland-Abenteuer, Teil 3)

Trennen, was nicht zusammengehört

2.Juli 2015

Nun scheint es doch so weit zu sein: Die griechische Regierung ist nicht mehr in der Lage, einem neuen internationalen Rettungspaket mit Auflagen zuzustimmen; die Geberländer sind nicht mehr in der Lage, ein neues, erweitertes Rettungspaket für Griechenland zu anbieten. Diese europäische-griechische Beziehung ist zerbrochen. Eine unendlich erscheinende Geschichte findet ein Ende. In der Kritik an der europäischen Rettungspolitik schwang oft die Befürchtung mit, dass diese Politik doch irgendwie funktioniert. Funktioniert in dem Sinn, dass sie immer weitergeht und sich immer neue Drehs finden, um diese Politik zu verlängern. Dafür stand der Fall Griechenland und die absurden Brüsseler Tischrunden der letzten Wochen schienen die schlimmsten Befürchtungen zu bestätigen. Obendrein hatte die deutsche Bundeskanzlerin noch eine Durchhalteparole ausgegeben („Wo ein Wille ist, ist ein Weg“). Doch nun ist der Bruch da. Die unterschiedlichen Wege sind nicht mehr zusammenzubringen. Das ist eine gute Nachricht.

Das Nehmerland Griechenland vollzieht in diesen Tagen den Schritt, auf den es seit 6 Monaten systematisch hingearbeitet hat: Es verweigert die fälligen Raten der Kreditrückzahlung. Anfang Juni hatte die Regierung noch eine fällige Rückzahlung an den IWF auf Ende des Monats „verschoben“. Das hat sich nun als schlichter Betrug erwiesen. Mit den noch höheren Fälligkeiten europäischer Kredite im Juli wird es ähnlich gehen. Die Regierung hat ihre Insolvenz gezielt herbeigeführt, indem sie kaum noch Steuern einzog und gleichzeitig Neueinstellungen im (sowieso schon aufgeblähten) Staatsapparat vornahm. Griechenland ist nun im Modus der Zahlungsverweigerung. Natürlich will man „in der Euro-Zone bleiben“, weil man nur dann Zugriff auf das Geld der EZB hat. Das Referendum ist vor diesem Hintergrund eine Farce.

Auf der Geberseite findet eine entgegengesetzte Bewegung statt: Man besteht mit neuer Schärfe auf einem Vertrag, der wirklich Leistung und Gegenleistung definiert. Das liegt daran, dass die eigentlichen Träger der Rettungspolitik sich zu Wort meldeten: die Einzelstaaten. So wurden die Brüsseler Verhandlungsführer, die sich auf die erstaunlichsten Spielereien und Umarmungen eingelassen hatten, daran erinnert, dass ihr Treiben durch kein Mandat gedeckt ist. Der Versuch, die Angelegenheit zur Chefsache eines Direktoriums Merkel-Hollande-Juncker zu machen, scheiterte. Und der selbstherrliche Herr Juncker stand kurz davor, zu ei-

nem König Ohneland zu werden. So ist die Beziehung, die mit dem merkwürdigen Konstrukt „Rettung gegen Reform“ begonnen hatte, auseinandergeflogen.

War das ein Unfall? Kam der Bruch dadurch zustande, dass die Affäre von irgendjemand ungeschickt oder leichtsinnig „an die Wand gefahren“ wurde? Gab es so etwas wie ein gemeinsames „Fahrzeug“, das nur falsch gesteuert wurde? Nein, ein solches gemeinsames Fahrzeug hat es nie gegeben. Ein echtes griechisch-europäisches Vertragsverhältnis hat nie wirklich existiert. Das hängt damit zusammen, dass das Konstrukt „Rettung gegen Reform“ eigentlich ein Widerspruch in sich ist: Entweder habe ich eine Situation, die eine Rettung erfordert – dann kann ich keine Gegenleistung verlangen. Oder ich habe eine Situation, wo ein blockiertes Land durch Reformen befreit werden muss – dann kann ich einen Vertrag auf Leistung und Gegenleistung abschließen.

Im griechischen Fall ist nie geklärt worden, was hier eigentlich vorliegt. Faktisch ist immer nur einseitig gerettet worden und es hat nie eine größere Eigeninitiative zur Gegenleistung gegeben. Das ist das Besondere des Falls Griechenland gegenüber anderen Fällen in Europa. Die Asymmetrie des Rettungsszenarios wurde nie verlassen, es gab immer nur eine einseitige Transferbeziehung. Griechenland hat die Klientel-Rolle des Geförderten nie verlassen – ohne dies offen einzugestehen. Und die Europäische Union und die Euro-Gruppe hat die eigene Rolle nie geklärt und die eigenen Maßnahmen eindeutig festgelegt und begrenzt.

Aber der Widerspruch entwickelte sich weiter und trieb zum Bruch. Indem Griechenland auf eine Insolvenz setzte, radikalisierte es seine Klientelbeziehung mit dem Euro-System. Indem umgekehrt die europäischen Staaten mit der Forderung nach Gegenleistungen Ernst machten, bestanden sie mit neuer Konsequenz auf der Vertragsbeziehung. So steht nun Klientelbeziehung offen gegen Vertragsbeziehung. Dieser Bruch ist mit irgendeinem „guten Willen“ nicht mehr zu heilen, er liegt in der Natur der Sache. Weder ein „griechisches Europa“ noch ein „europäisches Griechenland“ sind möglich. Die Stunde der Wahrheit ist angebrochen, auch wenn viele Akteure noch herumeiern. Es trennt sich, was nicht zusammengehört.

Ein gesetzmäßiger Prozess

Hier läuft ein gesetzmäßiger Prozess ab, der sich weder durch höhere Moral noch durch irgendein *smart management* beherrschen lässt (auch die Verschwörungstheoretiker haben jetzt mal Pause). Der Widerspruch zwischen Klientelbeziehung und Vertragsbeziehung wirkt hinter dem Rücken der Akteure und man kann modellhaft beschreiben, wie er sich Stufe um Stufe verschärft.

- Auf der Stufe 1 steht alles im Zeichen der Nothilfe und die Schiefelage fällt nicht besonders auf. Der Helfende ist großzügig und auch der Bedürftige trägt seinen Teil bei – durch sein wirkliches Leiden und durch die Improvisation, mit der er seinen Alltag bewältigt. Dazu kommt, dass es auch Beziehungen gibt, die auf echter Gegenseitigkeit beruhen, zum Beispiel bei Firmenniederlassungen im Nehmerland oder auch bei Vertragsmigration („Gastarbeiter“). Die guten Absichten, in Zukunft alles besser zu machen, sind auf dieser Stufe nach real. Auch Dankbarkeit ist spürbar, teilweise auch aufrichtiges Interesse an den Ländern, die helfen. Die Anzeichen, dass manche Hilfe auch schon in die falschen Hände kommt und als Ersatz für eigene bürgerliche Aufbauanstrengungen dient, werden zunächst großzügig übersehen.
- Auf der Stufe 2 tritt eine Verhärtung ein. Die Beziehungen von Leistungen und Gegenleistungen kommen nicht voran. Der Aufbau einer eigenen Wirtschaft und eines effizienten Staatswesens macht keine Fortschritte. Die Bedeutung der Generation der Ar-

beitsmigranten nimmt ab, der Bildungsfleiß der Folgegeneration ebenso. Zugleich nimmt die Wahrnehmung der Hilfe eine Wendung: Sie gilt nun nicht mehr als *Zuwendung des Gebenden*, sondern als *Recht des Nehmenden*. Nun werden Ansprüche gegenüber den Geberländern erhoben, oft verbunden mit dem Vorwurf, sie seien an der Lage der Empfängerländer schuld - die Kreditgeber seien eigentlich die Schuldner der Kreditnehmer. Krediterleichterungen (zum Beispiel im Euro-System) werden als Transferzahlungen verbucht. Am Ende dieser Phase tauchen dann in den Empfängerländern die „Syriza-Milieus“ auf und können an die Regierung gelangen.

- Auf Stufe 3 tritt wiederum eine Wendung ein. Während die Beziehungen von Leistung und Gegenleistung immer bedeutungsloser werden, werden die Klientelansprüche nun aggressiv und gewalttätig. Man greift zu Betrug und Raub. Man zerstört aktiv die Vertragsbeziehung und jedes Vertrauen. Die Clans und Seilschaften gewinnen die Oberhand, in der Außenpolitik sucht man neue Geldquellen und Patrone. Es verschärfen sich die inneren und äußeren Konflikte. Das Nehmerland verliert seine Vertragsfähigkeit. Mehr noch: Es verliert auch seine Möglichkeiten, Hilfe zu bekommen. Je mehr die Klientel-Rolle ausgedehnt und verlängert wird, umso mehr zerstört sie sich selbst.

In der Griechenland-Affäre stehen wir jetzt fassungslos vor einem Abgrund von Vertragsbruch, Lüge und krimineller Energie; vor Regierungsmaßnahmen, die den Tatbestand der Insolvenzverschleppung erfüllen; vor Drohungen mit Enteignung und Migrantenschleusung; vor einer Neuauflage alter Feindbilder in Europa; vor Parlamentssitzungen mit volksverhetzenden Reden; vor einer gnadenlosen Selbstbedienung, bei der diejenigen, die etwas haben, profitieren, während die anderen nur die Knappheit der Lebensmittel zu spüren bekommen. Das ist die Stufe 3.

Und doch ist es wichtig, dass die Dinge bis hierhin kommen. Erst durch dies böse Ende wird deutlich, dass der Klientelismus nichts Stabiles ist, sondern in Elend und Gewalt führt. Es gibt keinen ewigen Klientelismus mit einer milden Dauerabhängigkeit und einer behüteten Unmündigkeit. Auf der Stufe 2 kann sich kein Land einrichten, es gibt keine unendliche Geschichte des Immer-Weiter-So. So darf man sich über die gegenwärtige Krise durchaus freuen. Lasst Tsipras und Co. mit Schwung gegen die Wand fahren – am besten mit einem so lauten Krach, dass man sein Echo noch in Jahrzehnten hören kann.

Aber dieser Krach ist nur hilfreich, wenn klar ist, *welche* Trennung hier zu vollziehen ist. Es geht nicht – man kann es nicht oft genug wiederholen - um eine Trennung zwischen Griechenland und Europa. Es geht um die Trennung zwischen zwei Arten von Beziehung: zwischen einer Klientelbeziehung, die aus schlecht abgegrenzten Rettungsmaßnahmen hervorgegangen ist, und einer Vertragsbeziehung, bei der Leistungen und Gegenleistungen zu Reformen führen. Das unselige Konstrukt „Rettung gegen Reform“, das diesen Unterschied verwischt, und das von Anfang an eine gezielte Bearbeitung des Falls Griechenland verhindert hat, muss aufgelöst werden. Wir brauchen eine klare, rechtlich fixierte Unterscheidung beider Sachverhalte. Wir brauchen einen neuen institutionellen Ernst.

(Das Griechenland-Abenteuer, Teil 4)

Keine Souveränität, nirgendwo

18.Juli 2015

In diesen Tagen der Griechenland-Krise blitzte kurz etwas auf. Das „Nein“ der Bundeskanzlerin zu immer neuen Gesprächen, bevor überhaupt ein Ergebnis des Referendums vorlag, tat gut. Auch wenn man davon ausgehen musste, dass dies nur ein Zwischenstopp war, so haben doch in diesem Moment viele Menschen in Deutschland und Europa „endlich“ gesagt. Endlich wurde eine Grenze gezeigt. Endlich wurde einmal innegehalten, um den Weg zu prüfen, auf den man geraten ist. So könnte es in vielen Dingen gehen, die gegenwärtig aus dem Ruder laufen. Wie sehr uns das gefehlt hat!

Dann kam das Ergebnis des griechischen Referendums. Es zeigte, dass es eine klare Mehrheit gegen einen Sanierungskurs gibt. Eine Mehrheit, die die Lage des Landes anders sieht, die andere Erwartungen für sich und andere Ansprüche an die Außenwelt hat. Eine Mehrheit, die eine andere Vorstellung davon hat, was gerecht und legitim ist. Ein solches Referendum kann man nicht wie irgendeine Meinungsumfrage behandeln, die morgen wieder ganz anders ausfallen kann. Nicht, dass hier eine naturgegebene, ewige „Mentalität der Südländer“ gesprochen hätte, aber eine Einstellung des Volkes, wie es in der griechischen Gegenwart gegeben ist, ist sichtbar geworden - parteiübergreifend, generationsübergreifend, städtische und ländliche Gebiete umfassend. Eine Reformmehrheit ist nicht in Sicht und sie wird auch nicht durch die Not am Bankschalter herbeigeführt werden – da sind die Menschen doch ein bisschen anders gebaut. Damit steht nichts zur Verfügung, was den Begriff „Reform“ erfüllen könnte. Eine Reform setzt eine innere Akzeptanz im Lande voraus, sonst gibt es nur Maßnahmen, die nur als äußerer Zwang empfunden werden.

Spätestens hier wäre der Zeitpunkt gewesen, nun definitiv mit dem Zwangsfördern Schluss zu machen. Doch dies geschah nicht. Stattdessen wurden neue Verhandlungen anberaumt und die Vertreter der Gläubigerinstitutionen verrieten damit, wie wenig in ihrer Vorstellung von Entwicklung der Faktor „Souveränität“ und die Ressource der eigenen Kraft vorkommt. Indem man neue Gespräche anberaumte, war man wieder – heilige Einfalt – beim Glauben an den runden Tisch, an eine Verständigung, an eine Vereinbarung. Vor allem beim Glauben an die Realitätsmacht von Beschlüssen. Es ging nur noch darum, wie „hart“ oder „weich“ die Vereinbarungen ausfielen. Das Ergebnis des ermüdenden Ringens um einen Text ist doppelbödig. Deutschland und andere Staaten der Eurozone setzten durch, dass in den Einzelvorhaben recht harte Maßnahmen niedergeschrieben wurden, Frankreich und andere Staaten setzten ein „Grexit-Tabu“ durch. Jeder Hinweis auf ein mögliches Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone wurde aus der Vereinbarung verbannt. Damit war das einzige Druckmittel, das mit der Souveränität aller beteiligten Staaten vereinbar war, ausgeschlossen. Man war wieder alternativlos beim Hineinregieren von außen angelangt.

Dann verbrachte man einige Tage mit der Spekulation, ob die Beschlussfassung im griechischen Parlament die Tsipras-Regierung zerreißen würde. Das tat sie nicht. Denn das Umsetzungsproblem besteht nicht im Beschlüsse fassen. Was ist nicht alles schon in Athen beschlossen worden, was dann nie in der griechischen Realität angekommen ist. Mit anderen Worten: Es gibt keine verlässliche Grundlage für die Geltungskraft von Gesetzen. Für die Syriza-Partei und ihren rechtsextremen Koalitionspartner, die die Exekutive besetzt halten, öffnet sich hier ein weites Feld, um die Brüsseler Vereinbarung zu hintertreiben. Man kann die Mehrwertsteuer erhöhen und es gleichzeitig dulden, dass ein noch größerer Teil des Wirtschaftslebens in die Schattenwirtschaft abtaucht. Die Verwaltung und die Gerichte können die

Privatisierung und die Rentenkürzungen hintertreiben. Es gibt zig Möglichkeiten, die Akten der Sozialversicherungen „großzügig“ zu führen oder, auf kommunaler Ebene, die Registrierung der Immobilien schleifen zu lassen oder sogar Dinge aus dem Kataster verschwinden zu lassen. Nicht zufällig gab es am Tag der Parlamentszustimmung zur Brüsseler Vereinbarung einen Streik der Staatsbediensteten. Der Herrschaftsbereich der Reform-Ablehnung liegt vor Ort – hier kann die Referendum-Mehrheit ihr „Nein“ zur Geltung bringen.

Diese Doppelbödigkeit zwischen Gesetz und Realität ist sattem bekannt, zum Beispiel in Italien. Dort gibt es die strengsten städtebaulichen Gesetze und gleichzeitig die größte Zufälligkeit im praktischen Vollzug. Und es gibt die unendliche Südtalien-Affäre, in die Milliarden geflossen sind und alle möglichen „Troikas“ aus Rom oder Mailand unterwegs waren, um die Dinge zu überwachen. Sie sind gescheitert. Soll dies Südtalien-Syndrom nun mit Griechenland in eine europäische Dimension gehoben werden? Georgios Chondros, Mitglied im Zentralkomitee von Syriza, brachte es am 13. Juli im Spätjournal des österreichischen Fernsehens ORF 2 auf den Punkt: „Ob die Vereinbarung umsetzbar ist, steht im Raum“. Das war ein Wink mit dem Zaunpfahl und so sollte man auch die Tsipras-Logik verstehen. Wenn er erklärt, seine Unterschrift sei in Brüssel erpresst worden, so erklärt er im Grunde die Vereinbarung und alle daraus folgenden Beschlüsse für illegitim. Wer vom Brüsseler „Putsch“ gegen Griechenland spricht, ruft zur Fronde im Lande auf.

Soll Europa diesen Weg wirklich weitergehen? Soll es sich in diesem Land am Ende gar in einen „Umsetzungskrieg“ verwickeln und Verwaltungsbeamte als Bodentruppen nach Athen oder auf den Peloponnes schicken? Das kann niemand wollen. Ebenso wenig ist es eine Alternative, dies Land mit noch mehr Geld und guten Worten zu füttern. Es gibt in Richtung Einmischung einfach keine vertretbare Option mehr. Das ist eine Erfahrung, die der Westen in den letzten Jahren an mehreren Stellen machen musste: Das *nation building* von außen scheitert. Ohne Souveränität geht es nicht. Neu ist, dass Europa das jetzt auch in seinem Inneren bei einem Mitglied der Euro-Gruppe feststellen muss. Noch sträubt sich die europäische Politik gegen diese Einsicht. Der Irrweg ist noch nicht verlassen.

Es geschieht sogar eine gefährliche Veränderung des „Projekts Europa“. Der heftige Widerstand gegen jede auch noch so moderate Form von Grexit, bedeutet eine Verabsolutierung des Einheitsgebots und eine schlechte „Vergemeinschaftung“ Europas. Es wird versucht, die Gewichte zwischen den Gemeinschaftsinstitutionen und den Mitgliedsstaaten zu verschieben. Ein anderes, stärker zentralisiertes Europa, das die Distanziertheit und Freiwilligkeit eines Vertragsverhältnisses nicht mehr kennt, zeichnet sich ab. Es wird praktisch ein neues oberstes Gebot errichtet: Jedes Mitglied wird unbedingt in der Gemeinschaft gehalten – auch wenn man dafür die europäischen Verträge brechen und das Recht beugen muss. Damit wird eine neue Machtpolitik in Europa eingeläutet. „Wenn Deutschland es auf einen Grexit anlegt, provoziert es einen tiefgreifenden Konflikt mit Frankreich. Das wäre eine Katastrophe für Europa“ erklärte der Luxemburger Außenminister. Zugleich zirkulieren Vorschläge, die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu zentralisieren und ein quasi-staatliches EU-Budget einzuführen. Dabei ist nicht nur die Führung der EU-Verwaltung am Werk, sondern auch Frankreich scheint eine besondere Rolle zu spielen. Nicht nur Francois Hollande sondern auch Nicolas Sarkozy haben sich demonstrativ gegen jeden Grexit ausgesprochen. Hinter den Kulissen lief manch merkwürdiges Zusammenspiel zwischen Paris, Brüssel und Athen. Entsteht hier eine neue französische Strategie und Staatsräson, die Frankreichs Vorteil in einem möglichst „voluntaristischen“ Europa sieht? Das wird man aufmerksam beobachten müssen.

Der Bundestag hat den Brüsseler Vereinbarungen zugestimmt. Das war zu erwarten. Es war ein Ja ohne wirkliche Überzeugung, ein Ja ohne Zukunft. Die wachsende Zahl von Nein-Stimmen in der Union zeigt, dass das Nachdenken über Alternativen längst begonnen hat. Allerdings kamen diese Alternativen in der Debatte nicht zu Wort. Dadurch hat der Bundestag die Gelegenheit versäumt, sich deutlicher gegen den äußeren Druck zu behaupten, unter dem er stand. Deutschland hat sich in den Brüsseler Verhandlungen exponiert, die Kanzlerin und noch mehr der Finanzminister sind erheblichen Anfeindungen ausgesetzt. Es sind Anfeindungen, die dem Recht Deutschlands gelten, „Nein“ zu sagen – auch wenn es aus guten Gründen und mit nüchterner Urteilskraft erfolgt. Oder gilt inzwischen jedes deutsche Nein von vornherein als egoistisch, als hegemonial oder (warum nicht, wenn wir schon dabei sind) als „rassistisch“? Es wäre in der Debatte also wichtig gewesen, die Kritik an der Verhandlungsführung der Bundesregierung ausdrücklich zurückzuweisen. Wäre in der Debatte ausdrücklich das Recht des Finanzministers verteidigt worden, den (moderaten) Grexit-Vorschlag zu machen, hätte der Deutsche Bundestag auch seine eigene Rolle gestärkt. Dass in der Griechenland-Affäre die Budget-Hoheit des Parlaments (als Treuhänder des Steuerzahlers) und seine Kontrollaufgabe bei außenpolitischen Verpflichtungen auf dem Spiel stehen, kann gegenwärtig gar nicht genug unterstrichen werden. Da hätte man einmal die Stühle geraderücken können – andere Länder in Europa hätten es dankbar aufgenommen.